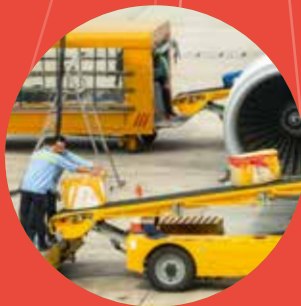




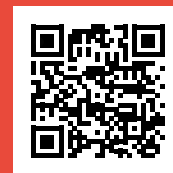
10-Punkte-Plan für eine wettbe- werbsfähige Industrie zur Erhaltung des sozialen Europas

Beitrag der europäischen Technologie-
und Industriearbeitgeber für die 9.
Legislaturperiode des Europäischen
Parlaments

ceemet
European Tech &
Industry Employers



Dieser Bericht ist auch online
verfügbar unter: 10-points.ceemet.org.



Wussten Sie, dass

Die Unternehmen

119 Milliarden €



in Sachwerte investieren, was einen ersten Schritt zur Sicherstellung einer digitalen Transformation darstellt.



Zwischen 2013 und 2017 im europäischen Technologie- und Industriesektor

1,25 Millionen

neue und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Mit den richtigen Fachkräften könnte diese Zahl in den kommenden Jahren weiter steigen.



90 Milliarden €

ein Allzeithoch bzw. Rekordwert sind, den der europäische Technologie- und Industriesektor in Innovationen investiert, um nachhaltige Lösungen wie z. B. die Digitalisierung und die Arbeitswelt zu entwickeln.

Die Entgelte in der Metall-, Maschinenbau- und Technologiebranche im Vergleich zu ähnlichen Branchen um durchschnittlich



10%

höher liegen. Ein soziales Europa basiert auf wettbewerbsfähigen Löhnen.



+40%

der weltweiten Sozialausgaben auf die 28 Mitgliedstaaten der EU entfallen. Die Unterstützung der industriellen Basis der EU ist eine Voraussetzung dafür, dass sie die sozialste Region der Welt bleibt.

39%

der Exporte außerhalb der EU getätigt werden, was die Bedeutung der EU als Handelsblock unterstreicht.



Sich

200.000

Unternehmen und ihre Arbeitnehmer indirekt auf sinnvolle Gesetze verlassen, die vor ihrer konsequenten Umsetzung einer Wettbewerbsprüfung unterzogen wurden.

Maschinen- und technologiebasierten Industrie

49%



Andere **51%**

aller Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes, oder 17 Millionen Menschen, in der Metall-, Maschinen- und technologiebasierten Industrie arbeiten, was sie zu einem wichtigen Partner macht.

Wer ist Ceemet?

- Ceemet vertritt die Arbeitgeber der **Metall-, Maschinenbau- und technologiebasierten Industrie (MET)** in Europa. Es umfasst Sektoren wie Metallwaren, Maschinenbau, Elektronik, IKT, Herstellung von Kraftwagen und den sonstigen Fahrzeugbau.
- Unsere Mitgliedsorganisationen vertreten **200.000 Unternehmen** in Europa und bieten über **17 Millionen direkt, und 35 Millionen Menschen indirekt einen Arbeitsplatz.**
- Ceemet ist ein **anerkannter europäischer Sozialpartner** auf sektoraler Industriebene. Unser Antrieb ist es, die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie durch Konsultation und sozialen Dialog zu fördern.



EINFÜHRUNG

Warum Europa & die Industrie einen ehrgeizigen Plan brauchen

Im Hinblick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 wollen die europäischen Technologie- und Industriearbeitgeber eine Diskussion darüber anregen, wie die EU zukunftsfähig gemacht werden kann, und daran erinnern, dass der Erfolg der EU eng mit einer international wettbewerbsfähigen Industrie verbunden ist.

Ceemet glaubt an eine starke EU, die ihr volles Potenzial nur dann entfalten kann, wenn sie sich, gemeinsam mit allen Mitgliedstaaten, auf die großen Herausforderungen wie Digitalisierung, Globalisierung, Ressourceneffizienz, Klimawandel und demographischer Wandel sowie Migration konzentriert und entsprechend handelt. Sie kann diesen Herausforderungen nur dann erfolgreich begegnen, wenn sie einen neuen Ansatz bei der Regulierung und Umsetzung vereinbarter Politiken verfolgt.

Der Ceemet 10-Punkte-Plan bildet die Grundlage für eine faktenbasierte Diskussion; er unterbreitet Ideen aus unserem Sektor, um die Herausforderungen von heute und morgen in Chancen umzusetzen.

Eine echte Debatte über die Zukunft Europas



Bessere Rechtsetzung



Internationale Wettbewerbsfähigkeit



Digitales Industriezeitalter



Kompetenzen, Kompetenzen, Kompetenzen



Agile Arbeitsmärkte



Sozialpartner machen den Unterschied



Investitionen in Technologie & Industrie



Welthandel & Brexit



Konsultierung der Industrie





PUNKT 1

Eine echte Debatte über die Zukunft Europas

Sich ändernde Begründung für die EU - Ein neues Kapitel in der Erfolgsgeschichte Europas aufschlagen.

Neue Herausforderungen erfordern neue Ideen

Die Begriffe „Frieden & Einheit“ als Daseinsberechtigung der EU haben bei den europäischen Bürgern an Zugkraft verloren. Dieses zentrale Kapitel der Erfolgsgeschichte Europas ist nicht mehr offensichtlich für die jüngere Generation. Ebenso wird der Beitrag der EU zum Wohlstand der Europäer nicht gesehen. Die jüngsten Trends von Nationalismus und Protektionismus zeugen davon.

Wir sehen die Fragmentierung der politischen Landschaft, mit einer problematischen Zunahme von Nationalismus und Protektionismus, innerhalb und außerhalb der EU sowie einen Vertrauensverlust gegenüber Institutionen auf allen Ebenen. Diese Veränderung steht in engem

Zusammenhang mit der zunehmenden Euroskepsis in vielen Mitgliedstaaten. Zu oft prägen Sorgen und Unsicherheiten die Debatte, einschließlich der Sorge um sinkenden Wohlstand und den erreichten Lebensstandard.

Die europäischen Bürger müssen davon überzeugt werden, dass sie in Zeiten der Globalisierung und der schnellen technologischen Veränderungen, bei gleichzeitigem Entstehen neuer wirtschaftlicher Supermächte, in einer Union gemeinsam deutlich besser agieren können, als allein in einem schwachen Nationalstaat. Europa braucht mehr denn je eine gemeinsame Handels- und Wirtschaftspolitik, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf globaler Ebene stärkt.

Sicherung der unübertroffenen Sozialausgaben Europas durch Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Der Bericht der fünf Präsidenten (2015), das Weißbuch der Kommission über die Zukunft

Europas (2017) und seine nachfolgenden Reflexionspapiere über die Zukunft des sozialen Europas und die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion haben ein gemeinsames Ziel. Sie sehen stärkere europäische Kompetenzen und Regulierung in der Sozial- und Beschäftigungspolitik vor, um eine stärkere soziale Konvergenz zu erreichen. Diese soll über die Europäische Säule sozialer Rechte oder die Schaffung einer europäischen Arbeitslosenversicherung erreicht werden. Das ist ein gefährliches Missverständnis, da völlig ignoriert wird, wie unterschiedlich sich die nationalen Sozialpolitiken finanzieren.

Die europäischen Bürger und Politiker müssen verstehen, dass – obwohl die EU nur 7% der Weltbevölkerung und etwa 22% des globalen BIP ausmacht – über 40% der weltweiten Sozialausgaben¹ von den EU28 erbracht werden. Die Kontrolle über diese beispiellosen Ausgaben zu erlangen und sie nachhaltig zu gestalten, kann nur durch die Entwicklung einer innovativen und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft und Industrie in Europa erreicht werden. Dies muss zur obersten Priorität der Europäischen Union werden.

Für eine realistische und offene Debatte über nachhaltigen Wohlstand ist ein grundlegender Neustart erforderlich. Ein Ausgangspunkt ist, dass die europäischen Technologie- und Industrieunternehmen für mehr als 35 Millionen Menschen in Europa hochwertige Arbeitsplätze schaffen und somit eine zentrale Rolle bei der Finanzierung des sozialen Europas einnehmen. Derzeit versucht dieser Sektor, den richtigen Kurs zu einer Industrie 4.0 in einem hart umkämpften globalen Markt zu halten. Weitere Rechtsvorschriften auf europäischer Ebene, die den Belangen der Wirtschaft und der Arbeitsmärkte von gestern Rechnung tragen, kommen der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie von morgen nicht zu Gute.

Fokus auf Einheit und Subsidiarität.

Digitales Europa = Soziales Europa

Wir glauben, dass die Zukunft des europäischen

Wohlstands weitgehend von einem erfolgreichen Übergang zu einer digitalisierten Industrie und Gesellschaft abhängt. Wenn Europa erfolgreich sein will, müssen sich viele Debatten und Maßnahmen, einschließlich massiver Investitionen, auf einen reibungslosen europäischen (digitalen) Binnenmarkt konzentrieren.

Unter Wahrung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit muss Europa bereit sein, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen und seinen Bürgern die Möglichkeit geben, dasselbe zu tun. Vielfalt ist das Fundament der Europäischen Union, aber wir brauchen eine gemeinsame Vision, die von allen Mitgliedstaaten, Unternehmen, Arbeitnehmern und der Gesellschaft umgesetzt wird. Die Mitgliedstaaten allein können die großen Investitionen nicht stemmen, die für eine kohärente digitale Infrastruktur, Cybersicherheit oder Datenschutz erforderlich sind.

Die Einheit ist auch dringend erforderlich, um die europäischen Interessen im freien und fairen Welthandel zu verteidigen, angesichts der energischen Politik Chinas und des rasanten Wandels in der transatlantischen Partnerschaft.

Ein starkes Europa kann Visionen und Lösungen anbieten, die den Bürgern, Arbeitnehmern und der Industrie Vertrauen vermitteln.

Wir sind der Ansicht, dass die Steigerung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit und die Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung dazu beitragen werden, ein soziales Europa zu erhalten und die Unterstützung der europäischen Bürger für das einzigartige europäische Projekt wieder auf eine neue Basis zu heben.

Eine europäische Digitalisierungsstrategie, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und den Einzelnen stärkt und unterstützt, hat das Potenzial, ein neues Kapitel in der Erfolgsgeschichte Europas aufzuschlagen – vorausgesetzt, es gibt eine echte offene Debatte über die Zukunft des europäischen Projekts.



PUNKT 2

Bessere Rechtsetzung

Die Zukunft der EU hängt von einem zukunftsfähigen Rechtsrahmen ab, der auch die Arbeitsmärkte einschließt.

Vereinfachung der Regulierung & Überzeugung der Bürger

Die Regulierung muss bedarfsgerecht, kohärent, kosteneffizient und stabil sein, um den „Wettbewerbscheck“ erfolgreich bestehen zu können. Relevanz, Effizienz und die Einhaltung der Grundsätze von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit müssen die Leitprinzipien jeder neuen EU-Regulierung sein. Vertragsfreiheit sowie soft law Ansätze wie Best Practice Austausch und Leitlinien für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) müssen immer ernsthaft berücksichtigt werden. Ceemet unterstützt daher uneingeschränkt die Grundsätze der „Better Regulation Agenda“ und des damit verbundenen REFIT-Programms zur Vereinfachung und Verbesserung des Regulierungsumfelds. Wir ermutigen das neue Europäische Parlament

und die neue Kommission, spürbare Ergebnisse bei der „besseren Rechtsetzung“ zu erzielen, da dies die internationale Wettbewerbsfähigkeit, Unternehmensinvestitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern wird.

Die Kommission muss die kumulative Wirkung von Rechtsvorschriften berücksichtigen und sich auf wirklich unabhängige und objektive Folgenabschätzungen (Impact Assessments, IA) konzentrieren, bei denen alle zusätzlichen Kosten - sowohl öffentliche als auch private - berücksichtigt werden. Alle Maßnahmen, die als Ergebnis einer IA-Studie ergriffen werden, sollten auch das Ergebnis einer solchen Studie widerspiegeln. Derzeit werden arbeitsrechtliche Gesetzesvorhaben auf EU-Ebene allzu oft von politischen Motiven bestimmt. Dies war sowohl bei der Revision der Entsenderichtlinie, die als einfache gezielte Revision begann, dann aber ohne angemessene Konsultation der Sozialpartner¹ forciert wurde, als auch beim Vorschlag der Kommission zur Einführung einer

1. Ceemet (2016), Legal & Practical implications of the revision of Directive 96/71/EC concerning the Posting of Workers in the framework of the provision of services.

EU-weiten Definition des „Arbeitnehmerbegriffs“ der Fall, mit der recht augenscheinlich der Harmonisierungsprozess des Arbeitsrechts auf EU-Ebene eingeleitet werden soll.

Das EU-Recht muss ordnungsgemäß umgesetzt, angewendet und durchgesetzt werden, bevor neue Gesetzesvorhaben angegangen werden².

Bessere Rechtsetzung = Halt es einfach, aber genau

Die EU-Institutionen müssen unermüdlich in ihrem Bestreben bleiben, unnötige Bürokratie abzubauen,

die allzu oft die Investitionen der Unternehmen, die Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen behindert. Da KMU besonders anfällig für ungeeignete und übermäßig belastende Rechtsvorschriften sind, behindert dies auch die Gründung von Start-ups in Europa.

Wenn Europa Wachstum, Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen anstrebt, müssen alle Beteiligten den Grundsätzen der „besseren Rechtsetzung“ und geeigneter Rahmenbedingungen gerecht werden:

Kernbotschaften

- #1 Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten müssen sich bemühen, die nationale Umsetzung zu verbessern und die Durchsetzung des bestehenden EU-Rechtsrahmens zu unterstützen, bevor sie neue Regulierung anstoßen.** Die Regulierung auf EU-Ebene sollte auf der Grundlage von „Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit“ erfolgen. Sie muss bedarfsgerecht, anwendbar und durchsetzbar sein. Wenn nicht beabsichtigt ist, ein Problem zu beheben, wenn es nicht auf umfassenden und objektiven Folgenabschätzungen beruht und nicht durchsetzbar ist, sollte es keine Regulierung geben.
- #2 Kontinuierliche Bewertung der Relevanz der bestehenden Rechtsvorschriften und ihrer Umsetzung mit dem Schwerpunkt auf der Verringerung ihrer Belastungen und Kosten, insbesondere für KMU (REFIT).** Sicherstellung, dass zweckmäßige Rahmenbedingungen Raum für die Entwicklung neuer Technologien bieten.
- #3 Die Gesetzgeber sollten sich daran erinnern, dass Subsidiarität auch dazu dienen soll, die Bürger näher an Europa heranzuführen.**
- #4 Für die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) muss klargestellt werden: Es ist eine Proklamation, keine neue europäische Verfassung.** Seien Sie aufmerksam, bei der ESSR geht es nicht darum, neue soziale Rechte zu schaffen. Die Beschäftigung könnte möglicherweise negativ beeinflusst werden, da eine zu strenge Arbeitsmarktregulierung die Unternehmen dazu veranlassen kann, ihre Kapitalintensität zu erhöhen. Technologische Lösungen könnten eingesetzt werden, um Arbeitnehmer zu ersetzen, wenn sie mit starren, durch strenge Vorschriften bedingten Unwägbarkeiten konfrontiert sind³.

2. Europäischer Rat (2017), Die Erklärung von Rom.

3. OECD (2017), Beschäftigungsausblick 2017.



Internationale Wettbewerbsfähigkeit

Europa ist die Wiege der Industrie und verfügt über eine beispiellose industrielle Basis. Eine international wettbewerbsfähige Industrie in Europa ist die Grundlage für Wachstum und hochwertige Arbeitsplätze.

Verbesserung des Geschäftsumfelds

Technologie- & Industrieunternehmen agieren in einer globalisierten Welt und befinden sich an

der Spitze des internationalen Wettbewerbs. Die Unternehmen der Ceemet-Mitgliedsverbände stehen im Wettbewerb mit Unternehmen aus der ganzen Welt, die oft bessere Rahmenbedingungen für ihre Geschäfte haben. Deshalb ist es für die EU unerlässlich, das richtige Gleichgewicht für die Regulierung der globalisierten Welt zu finden, in der unsere Unternehmen tätig sind.

Nur eine gesunde Industrie kann die hohen Sozialausgaben der EU aufrechterhalten.

Qualitativ hochwertige Arbeitsplätze finanzieren das soziale Europa

Mit globalem Handel und globalen Wertschöpfungsketten als Grundlage unserer Volkswirtschaften, ist eine international wettbewerbsfähige europäische Industrie die Kernvoraussetzung dafür, die sozialste Region der Welt zu bleiben. Europa ist Weltmeister im Bereich der Sozialausgaben, über 40% der weltweiten Sozialausgaben werden in den 28 Mitgliedstaaten der EU erbracht, während Europa nur etwa 22% des globalen BIP und nur 7% der Weltbevölkerung ausmacht¹. Die politischen Entscheidungsträger Europas müssen erkennen, dass globale Wertschöpfungsketten, offener Handel und die Förderung von Unternehmen und Innovation in der EU einen Mehrwert haben.

Der durch die europäische Industrie und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit geschaffene Wohlstand wurde maßgeblich durch den freien Handel und insbesondere durch den Aufbau eines europäischen Binnenmarkts angetrieben. Diese Grundlagen sind jedoch derzeit in Gefahr. Sei es aufgrund protektionistischer Maßnahmen, die den Handel behindern, oder eines nicht nachhaltigen Wettbewerbs bei der Senkung der Unternehmenssteuern, um Unternehmen außerhalb Europas anzulocken.

Die Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit müssen stimmen, um Europa international wettbewerbsfähig zu halten und fit zu machen, so dass es seine einzigartigen Produkte, Dienstleistungen und Talente nutzen kann.

Die Messung und das Benchmarking von Unternehmensregelungen, wie sie von der Weltbank durchgeführt werden, werden den europäischen Entscheidungsträgern bei der Entscheidungsfindung für die Zukunft der Industrie helfen und sollten berücksichtigt werden.

Europa und seine Industrie: eine erfolgreiche Kombination

Europa, seine Unternehmer und seine Arbeitnehmer haben das Potenzial, die großen und bahnbrechenden Veränderungen, die durch die Digitalisierung hervorgerufen werden, wie die 4. industrielle Revolution, erfolgreich zu bewältigen. Wenn sie als europäisches Projekt verstanden und gut gemanagt wird, kann die Digitalisierung zu gerechterem Wachstum und Wohlstand führen.

In diesen unsicheren Zeiten braucht Europa eine klare Aussage der Politik, dass dies die Richtung für die Zukunft Europas ist, und dass dieses Wachstum, dieser Reichtum und diese Arbeitsplätze nur mit einer international wettbewerbsfähigen Industrie geschaffen werden können.

Kernbotschaften

#1 Die europäischen politischen Entscheidungsträger sollten eine klare Aussage über die Bedeutung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie treffen und entsprechend handeln. Ihre Vision einer immer sozialeren Union kann nur mit einer gut funktionierenden Industrie erreicht werden.

#2 Die europäischen politischen Entscheidungsträger sollten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Europas als Standort mehr Aufmerksamkeit schenken, bevor sie zusätzliche Vorschriften erlassen. Dieses internationale Benchmarking könnte auf dem Doing Business Report der Weltbank basieren.

#3 Die europäischen politischen Entscheidungsträger und Sozialpartner müssen auf das Ziel einer international wettbewerbsfähigen Industrie in Europa hinarbeiten.

1. Eurostat.



Digitales Industriezeitalter

Öffnung eines neuen Kapitels in der Erfolgsgeschichte der Europäischen Union.

Vorbereitung der EU für die digitale Zukunft

Ein reibungslos funktionierender digitaler Binnenmarkt ist eine Voraussetzung dafür, dass Europa bei den weltweiten Bestrebungen um die digitale Führung erfolgreich sein kann, um Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu fördern. Um seine Spitzenposition bei den Sozialausgaben weltweit zu behaupten, muss Europa zum globalen Vorreiter bei der Entwicklung neuer Technologien und deren Markteinführung werden. U. a. werden Robotisierung und künstliche Intelligenz die Innovation von Prozessen und die Ressourceneffizienz von Produkten und Dienstleistungen vorantreiben. Sie können es der europäischen Industrie ermöglichen, in vielen Bereichen globaler Champion zu bleiben oder es zu werden.

Die Vollendung der digitalen Binnenmarkt-Strategie der EU erfordert massive öffentliche Investitionen in Infrastruktur, dies beinhaltet auch öffentlich-private Partnerschaften, z. B. für allgemein zugängliches Breitband, Hochgeschwindigkeits-Computing, Cybersicherheit oder Big Data. Die Mitgliedstaaten

allein werden nicht in der Lage sein, diesen Prozess zu bewältigen.

Zukunftsfähige Regulierung

Neue und bereits bestehende gesetzliche Vorschriften müssen einer digitalen Wettbewerbsprüfung unterzogen werden, um das Potenzial des technologischen Fortschritts zu erschließen. Europäische oder sogar internationale Normen im technischen Bereich können die Digitalisierung der Industrie erleichtern. Dies gilt nicht für die Harmonisierung (Aufwärtskonvergenz) des nationalen Arbeitsrechts auf EU-Ebene. Sie würde die Verbreitung von Digitalisierung vereiteln und die Gründung von Start-ups in der EU einschränken.

Die im Mai 2018 in Kraft getretene Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist ein Schritt in die richtige Richtung, um die fragmentierten Datenschutzbestimmungen der Mitgliedstaaten zu überwinden. Während die DSGVO die Datenverarbeitung im Arbeitsverhältnis angemessen abdeckt, steht der allgemeine Ansatz der Datenminimierung im Konflikt zu Big Data und birgt so die Gefahr, die Innovationen und die Gründung von Start-ups zu behindern. Bürger und Unternehmen dürfen nicht mit der DSGVO allein gelassen werden. Die Ceemet-Mitglieder

unterstützen ihre Mitgliedsunternehmen aktiv, aber die Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen müssen ihren Teil dazu beitragen. Die zentrale Anlaufstelle der Kommission („one-stop-shop“) muss rasch konkrete Hilfe leisten, um bei der Umsetzung der DSGVO zu unterstützen.

Vereinheitlichung & Koordination

Die Initiative der Kommission „Digitalisierung der europäischen Industrie“ hat einen dynamischen Prozess eingeleitet, so dass viele Multi Stakeholder getriebene, digitale Innovations-Hubs und Plattformen entstanden sind. Trotz der Gründung einer „europäischen Plattform für nationale Initiativen“ sind diese immer noch zu unkoordiniert. Da Zeit- und Kosteneffizienz von entscheidender Bedeutung sind, muss Europa seine Bemühungen für eine Modernisierung seiner Politiken und Aktivitäten zur Digitalisierung aller Regionen der EU, der Gesellschaft und der Industrie beschleunigen. Digitalisierung als horizontaler europäischer Politikbereich, in dem verschiedene Generaldirektionen der Kommission zusammenarbeiten, ist ein erster Schritt.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen markt-relevante Forschung fördern. Innovationen müssen

schneller zur Marktreife gebracht werden, um sicherzustellen, dass europäisch finanzierte Ideen, auch innerhalb der EU produziert und vermarktet werden. Ceemet begrüßt eine leichter zugängliche Kofinanzierung von Forschung, Entwicklung und Innovation für Industrie- und Technologiegründungen, Infrastruktur, technische Normen und digitale Qualifizierungsmaßnahmen, insbesondere für KMU, wie aus dem Vorschlag der EU für den mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 hervorgeht.

1,25 Millionen Gründe, zuversichtlich zu sein

Die Digitalisierung wird dazu führen, dass Arbeitsplätze verschwinden und neue entstehen. Ceemet unterstützt die Kommission in ihrer Einschätzung, dass neue Technologien im Allgemeinen positive Auswirkungen auf die Beschäftigung auf EU-Ebene haben könnten².

Die Tatsache, dass die 200.000 von Ceemet vertretenen Unternehmen zwischen 2013 und 2017 1,25 Millionen hochwertige Arbeitsplätze geschaffen haben, gibt Anlass zur Zuversicht. Und obwohl die Digitalisierung vom technologischen Fortschritt angetrieben wird, steht der Mensch im Mittelpunkt dieser Entwicklung³.

Kernbotschaften

#1 Die digitale Transformation kann nur mit einer echten europäischen Anstrengung erfolgreich bewältigt und in Chancen umgesetzt werden. Die Digitalisierung wird das Wirtschaftswachstum, die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung ankurbeln. Daher muss die europäische Strategie für einen digitalen Binnenmarkt zügig vollendet und mit vollem Engagement aller Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

#2 Die Effizienz und Effektivität verschiedener europäischer und nationaler Initiativen muss verbessert werden. Politiken und Aktivitäten, wie z. B. digitale Innovations-Hubs, müssen optimiert werden. Die Ergebnisse aus der Vielzahl der Initiativen sollten besser analysiert und geteilt werden. Dies wird die Einführung der Digitalisierung in ganz Europa und bei Unternehmen aller Größenordnungen beschleunigen.

#3 Die neue Normalität der Digitalisierung erfordert eine umfassende Überarbeitung des Geschäfts- und Investitionsumfelds auf europäischer und nationaler Ebene.

#4 Die Verhandlungen über den von der Kommission vorgeschlagenen mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 sollten vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 abgeschlossen sein. Europa sollte seine Bemühungen darauf konzentrieren, Technologie- und Industrieunternehmen – insbesondere KMU und Start-ups – in die Lage zu versetzen, ihre digitale Transformation rasch zu bewältigen.

2. Ceemet (2018), Digitalisation and the World of Work.

3. Europäische Kommission (Februar 2018), Beschäftigung und soziale Entwicklungen in Europa.



PUNKT 5

Kompetenzen, Kompetenzen, Kompetenzen

Die Digitalisierung hat den Qualifikationsbedarf massiv verändert und wird die Halbwertszeit von Wissen weiter verkürzen.

Europäische Dimension von nationalen Kompetenzen

Die Qualifikationslücke muss auf nationaler und auf EU-Ebene geschlossen werden. Zudem müssen Mittel bereitgestellt werden, um die Bildungs- und Ausbildungssysteme bei der Anpassung an den technologischen Wandel zu unterstützen. Dies wird den Unternehmen helfen, technologische Veränderungen zu bewältigen, um wettbewerbsfähig zu bleiben und weiterhin hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen¹.

Die EU hat kürzlich verschiedene Initiativen gestartet, um die Bedeutung von u. a. beruflicher Bildung, digitalen Fähigkeiten, Ingenieurwesen und MINT hervorzuheben. Diese guten Initiativen allein werden jedoch nicht ausreichen. Unter uneingeschränkter Achtung der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten sollte die EU die nationalen Entscheidungsträger unterstützen, sich dafür einzusetzen, ihre Bildungs- und Ausbildungssysteme an eine digitalisierte Arbeitswelt anzupassen.

Berufsausbildung zur ersten Wahl machen

Ceemet begrüßt das Ziel der Kommission, die berufliche Bildung zu einer erstklassigen Option² für Lernende zu machen, die zu einer qualitativ hochwertigen Beschäftigung führt. Wir setzen uns seit langem sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene dafür ein.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die nationalen Entscheidungsträger die Berufsausbildung bedarfsgerecht gestalten, indem sie die Arbeitgeber an der Gestaltung und Durchführung von Berufsbildungskursen beteiligen. Dies wird die Arbeitsmarktrelevanz erhöhen und dazu beitragen, die Berufsausbildung insbesondere für junge Europäer zur ersten Wahl zu machen.

Nationale Entscheidungsträger sollten auch die Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulbildung unterstützen und fördern, damit leichter von einem System zum anderen gewechselt werden kann. Dies wird den Lernenden Chancen eröffnen und auch dazu beitragen, das Stigma der Berufsausbildung als Sackgasse abzulegen.

1. Ceemet (2018), Digitalisation and the World of Skills and Education.
2. COM(2016) 381 final: A new Skills Agenda for Europe.

Abbau von Barrieren bei der Entwicklung digitaler Kompetenzen.

Digitale Kompetenzen für alle

Zu oft haben Schulen keine digital kompetenten Lehrer oder die entsprechende Ausstattung. Die Mitgliedstaaten müssen dringend Maßnahmen ergreifen, damit die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung an den digitalen Wandel angepasst werden. Lehrpläne müssen überarbeitet werden, damit der Erwerb relevanter digitaler Fähigkeiten bereits in jungen Jahren beginnt und ein Leben lang stattfindet. Dazu gehört auch die MINT-Ausbildung von Anfang an. In jedem Klassenzimmer in ganz Europa sollte einfaches Programmieren vermittelt werden und das digitale Lernen in alle Lehrpläne integriert werden. Diese Art von Initiativen wird auch dazu beitragen, mehr Frauen und junge Menschen für MINT – und schließlich für Arbeitsplätze in den Technologiesektoren – zu gewinnen. Darüber hinaus sollte die Zusammenarbeit zwischen der Industrie und den Anbietern von allgemeiner und beruflicher Bildung verstärkt werden, um den

künftigen Qualifikationsbedarf besser zu verstehen und zu antizipieren.

Lebenslanges Lernen (LLL)

Die Arbeitgeber erkennen weitgehend die Bedeutung der kontinuierlichen Weiterbildung an, insbesondere im Kontext einer sich entwickelnden digitalisierten Arbeitswelt. Für viele KMU ist Weiterbildung jedoch aus verschiedenen Gründen, wie z. B. dem Mangel an (finanziellen und personellen) Ressourcen, problematisch. Um möglichst viele Arbeitnehmer für LLL zu gewinnen, benötigen die KMU daher Unterstützung bei der Entwicklung anpassbarer Programme. Ceemet begrüßt, dass im derzeitigen Vorschlag des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) erhebliche Mittel hierfür bereitgestellt werden.

Nichtsdestoweniger ist LLL eine gemeinsame Verantwortung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und erfordert Motivation, Handeln und Selbstmanagement seitens der Arbeitnehmer, um erfolgreich zu sein.

Kernbotschaften

- #1 Nationale politische Entscheidungsträger sollten in die Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung investieren, damit sie zur ersten Wahl für Lernende wird und zu einer qualitativ hochwertigen Beschäftigung führt.**
- #2 Die europäischen Technologie- und Industriearbeitgeber haben sieben wesentliche Kompetenzen identifiziert, die die Arbeitnehmer benötigen, um den digitalen Wandel zu meistern.³ Die Entwicklung neuer Berufe im Zusammenhang mit der Entstehung digitaler Technologien wird massive Investitionen in neue Fähigkeiten erfordern, um die Industrie der Zukunft zu bewältigen.**
- #3 MINT-Bildung muss vom frühen Kindesalter an gefördert werden, um die Digitalisierung der Industrie anzugehen.** Ferner sollte in unternehmerische (digitale) Fähigkeiten, zusammen mit Soft- und Managementkompetenzen investiert werden. Die Arbeitnehmer sind dafür verantwortlich, eine angemessene und kontinuierliche Weiterbildung zu absolvieren, um den Herausforderungen einer digitalisierten Industrie zu begegnen und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten.
- #4 Insbesondere im nächsten MFR müssen mehr und besser ausgerichtete EU-Fördermittel für Qualifizierungs-Initiativen bereitgestellt werden.** KMU müssen bei der Ermittlung ihres Qualifikationsbedarfs und Entwicklung von Weiterbildungsprogrammen zur Deckung dieses Qualifikationsbedarfs unterstützt werden. Der Zugang und die Verwaltungsvorschriften für EU-Mittel, insbesondere für KMU, muss vereinfacht werden.
- #5 Die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Bildungsanbietern muss gestärkt und der Austausch von Best-Practices sichergestellt werden.**

3. Ceemet (2018), Digitalisation and the World of Skills and Education.



PUNKT 6

Agile Arbeitsmärkte

Raum für Innovation und Experimentieren bieten, um der neuen Realität gerecht zu werden.

Möglichkeiten der Digitalisierung

Europäische Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), konkurrieren nicht unter gleichen Wettbewerbsbedingungen mit Unternehmen aus anderen Regionen der Welt, die die Vorteile der Digitalisierung voll ausschöpfen. Daher muss die EU innovativ und offen für Experimente sein sowie die Chancen des technologischen Fortschritts nutzen.

Digitalisierung und technologischer Fortschritt führen zu neuen Wegen der Produktentwicklung und Verlagerung von Parametern in Produktion, Vertrieb und den Anschlussmärkten. Gleichzeitig bewegt sich die Plattform-Ökonomie im Grenzbereich des regulatorischen Umfelds, einschließlich der Arbeitsmarktregulierung. Diese Entwicklungen werfen die Frage auf, ob die in der Vergangenheit entwickelte Gesetzgebung noch mit der Realität und

den Bedürfnissen von Kunden, Unternehmen und Arbeitnehmern vereinbar ist, die in einer digitalisierten Industrie 4.0 agieren.

#ZukunftderArbeit

Mit der fortschreitenden Digitalisierung wird die Arbeit zunehmend von einem festen Ort und einer definierten Zeit abgekoppelt. Dies führt zu neuen Formen der Arbeitsorganisation und Veränderungen der Arbeitsmuster¹. Die Arbeitszeitregulierung muss daher an die sich verändernde Arbeitswelt angepasst werden, um Flexibilität für sowohl Unternehmen als auch Arbeitnehmer zu ermöglichen.

Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik über das Europäische Semester sollte die nationalen Arbeitsmarktreformenten unterstützen. Insbesondere durch die Schaffung agiler Arbeitsmärkte, die den Bedürfnissen einer zunehmend digitalen Wirtschaft mit sich ändernden Arbeitsmustern entsprechen. Ein starrer Rechtsrahmen wird die Einführung der Digitalisierung der Industrie aber nur behindern und die ohnehin schon hohen Arbeitskosten² weiter erhöhen.

1. Ceemet. (2018). Digitalisation and the World of Work.

2. Ceemet. (2018). Chief Economists Report 2018.

Die EU-Gesetzgeber müssen für agile Arbeitsmärkte offen sein, die es Arbeitgebern und Arbeitnehmern ermöglichen, Arbeit 4.0 zu gestalten. Anstatt neue und ungeeignete Regelungen zu entwickeln, muss die EU die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, die den sich ändernden Realitäten Rechnung tragen und Handlungsspielräume eröffnen, um mit dem gesellschaftlichen und technologischen Wandel Schritt zu halten. Es hat sich nämlich gezeigt, dass die Einführung neuer Technologien am Arbeitsplatz in den Ländern mit zu strengen arbeitsrechtlichen Vorschriften tendenziell negative Auswirkungen auf die Beschäftigung hat³.

Agile Arbeitsmärkte führen zu einer Aufwärtskonvergenz der Beschäftigung.

Regulierung als Teil der Lösung

Viele Technologie-Start-ups entwickeln innovative

Lösungen für wirtschaftliche, gesellschaftliche oder ökologische Fragen des 21. Jahrhunderts. Daher sollten auch die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden, um ihnen zu helfen, zu wachsen und wettbewerbsfähig zu werden, damit sie weiterhin hochwertige Arbeitsplätze schaffen.

Die Unterstützung von Unternehmertum und Existenzgründungen hat einen erheblichen gesellschaftlichen Nutzen. Agile Arbeitsmärkte sind widerstandsfähiger und integrativer. Sie ermöglichen notwendige Anpassungen aufgrund des wirtschaftlichen und technologischen Wandels und werden insbesondere für diejenigen, die Schwierigkeiten beim Eintritt in den Arbeitsmarkt haben, Chancen bieten. Agile Arbeitsmärkte sollten die bevorzugte (politische) Wahl sein.

Kernbotschaften

- #1 Nicht jeder hat erkannt, dass die Digitalisierung über Breitband und Vernetzung hinausgeht; die Arbeitsmärkte sind ein integraler Bestandteil des Regulierungsrahmens für die Digitalisierung.** Ein geeigneter Rahmen ist eine Voraussetzung für international wettbewerbsfähige Technologieindustrien mit dem Potenzial, weiterhin hochwertige Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Digital versierte Gesetzgeber sind der Schlüssel zu einer erfolgreichen Einführung von Industrie 4.0 und das in allen Arten von Unternehmen.
- #2 Durch die Transformation der nationalen Arbeitsmärkte in agile Arbeitsmärkte mit neuen Arbeitsformen und neuen Konzepten der Arbeitsorganisation müssen die Grundlagen für die Gestaltung der Digitalisierung geschaffen werden.**
- #3 Offen sein und anerkennen, dass agile Arbeitsmärkte widerstandsfähiger sind und dazu beitragen werden, die Schaffung von Arbeitsplätzen bei der Digitalisierung der europäischen Industrie zu fördern.** Starrer Beschäftigungsschutz wirkt sich tendenziell negativ auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die zunehmende Digitalisierung in der Industrie aus.
- #4 Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten die Subsidiarität respektieren, die künftige und bestehende Arbeitsmarktregulierung einer Realitätsprüfung unterziehen und sich auf die Förderung nationaler Arbeitsmarktreformen innerhalb des Europäischen Semesters konzentrieren.** Die bestehende Arbeitsmarktregulierung auf europäischer und nationaler Ebene sollte einer regulatorischen Eignungsprüfung (REFIT) unterzogen werden.

3. OECD. (2017). Employment Outlook.



PUNKT 7

Sozialpartner machen den Unterschied

Sozialpartner sind Schlüsselakteure

Industrielle Arbeitsbeziehungen sind nicht statisch und haben sich im nationalen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Umfeld unterschiedlich entwickelt. Es kann kein einheitliches EU-Modell geben. In den meisten Fällen spielen Tarifverhandlungssysteme (TV-Systeme) eine wichtige Rolle bei der Festlegung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, einschließlich der Vergütung.

Der aktuelle Trend im Hinblick auf die Weiterentwicklung der TV-Systeme in Europa geht dahin, mehr Raum für die Unternehmensebene zu lassen, etwa durch Öffnungs- und Derogationsklauseln in Tarifverträgen. Die Sozialpartner sind näher an den Industrien und können so autonom und auf der Grundlage eines soliden Mandats maßgeschneiderte Lösungen für Unternehmen bis hin zur nationalen Sektorebene verhandeln.

Herausforderungen für die nationalen Sozialpartner

Die Entstehung der Plattformwirtschaft wirft Fragen nach der Relevanz traditioneller Arbeitsbeziehungen

und TV-Systeme auf. Eine große Herausforderung für die Sozialpartner besteht darin, ihr Geschäftsmodell an diese neue Realität anzupassen. Dies ist bereits im Gange. Die digitale Wirtschaft könnte den Rückgang der Gewerkschaftsdichte teilweise erklären, was bei Arbeitgeberorganisationen bisher nicht der Fall ist, obwohl mehr Unternehmen eine Mitgliedschaft anstreben, die sie nicht zur Anwendung eines TVs verpflichtet. Forderungen an den Gesetzgeber, Tarifverträge als allgemeinverbindlich für alle Unternehmen und Arbeitnehmer, einschließlich Plattform-Arbeitgeber usw. zu erklären, werden nicht zu nachhaltigen Lösungen führen. Vielmehr würde dies als Unfähigkeit der Sozialpartner wahrgenommen, eigene Lösungen zu finden und damit ihre Position schwächen.

EU-Sozialdialog

Art. 154 & 155 AEUV sehen einen privilegierten sozialen Dialog auf EU-Ebene zwischen anerkannten Sozialpartnern vor. Die Vorschriften gewähren die Möglichkeit, konsultiert zu werden und quasi als Gesetzgeber bei sozialpolitischen Initiativen der Kommission zu agieren. Die Initiative der Kommis-

sion zum Neustart des sozialen Dialogs auf EU- und nationaler Ebene im Jahr 2015 verfehlte die richtigen Grundlagen für einen wertschöpfenden sozialen Dialog, da sie die Autonomie, die Mandate und die Verantwortlichkeiten der Sozialpartner ignorierte. Stattdessen ist der soziale Dialog auf EU-Ebene noch intransparenter geworden. Die Kommission ersetzte die Konsultationen der Sozialpartner durch öffentliche Konsultationen oder durch so genannte spezielle Anhörungen mit einer ausgewählten Anzahl von Sozialpartnern oder sogar mit unerfahrenen und nicht mandatierten Wirtschaftsverbänden oder NGOs, für die es andere Foren gibt.

Das Europäische Semester, das zur Koordinierung der Wirtschaftspolitiken eingerichtet wurde, ist über seine Zuständigkeit hinaus in die Sozialpolitik erstreckt worden.

Risiken der Einmischung in die Entgeltfindung

Sehr beunruhigend ist die Gefahr der Einmischung durch „Brüssel“ in die Entgeltfindung, eine Kernkompetenz der nationalen Sozialpartner.

Dies ist eine gefährliche Einmischung in die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, da Sozialpartner und Unternehmen besser in der Lage sind, die Löhne an die Produktivität, die Notwendigkeit von Investitionen oder andere spezifische Parameter zu koppeln. Die EU darf nicht in die Kernkompetenzen der Sozialpartner eingreifen, auch nicht über die Europäische Säule sozialer Rechte und die entsprechend überarbeiteten Leitlinien für die nationale Beschäftigungspolitik, die „transparente und vorhersehbare Lohnfindungsmechanismen“ fordern. Diese Ideen sind nicht im Vertrag verankert und werden sich nachteilig auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Technologie- und Industriesektors auswirken.

Kernbotschaften

- #1 Die Achtung der Autonomie der Sozialpartner ist ein Muss für politische Entscheidungsträger.**
- #2 Die politischen Entscheidungsträger sollten Pläne, sich direkt oder indirekt in zentrale Fragen der Sozialpartner einzumischen, ablehnen.** Die Einmischung aus „Brüssel“ in Kernfragen der Entgeltfindung steht im Widerspruch zur Autonomie der Sozialpartner und birgt die Gefahr, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu beeinträchtigen.
- #3 Der sektorale soziale Dialog auf EU-Ebene soll zur Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Umfelds beitragen.** Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit sowie nachhaltige und hochwertige Arbeitsplätze in der europäischen Industrie zu fördern. Vertreter und beauftragte Sozialpartner müssen rechtzeitig zu jedem Vorschlag der Kommission im Bereich der Sozialpolitik konsultiert werden. Die Methode zur Konsultation von Interessengruppen auf EU-Ebene muss transparenter und besser koordiniert werden.
- #4 Ausdruck der Autonomie der Sozialpartner ist, dass sich der freiwillige europäische (sektorale) soziale Dialog auf Themen konzentriert, die von den (sektoralen) Sozialpartnern nach Rücksprache mit ihren Mitgliedern vereinbart wurden.** Autonomie gilt gleichermaßen für die Ergebnisse, die die Sozialpartner erreicht haben. Der Austausch bewährter Verfahren und gemeinsame Analysen, z. B. zur Digitalisierung¹ und zur richtigen Qualifizierung², sind an sich schon ein wichtiges und wertvolles Ergebnis.

1. Ceemet & industriAll European Trade Union. (06/12/2016). Joint Statement: The impact of digitalisation on the world of work.
2. industriAll European Trade Union & Ceemet. (19/06/2017). Joint Statement: A Skills Agenda for Europe - No need for new but swift action.



PUNKT 8

Investitionen in Technologie & Industrie

Investitionen

Technologie- und Industrieunternehmen setzen ihren digitalen Wandel fort. Da die Mitgliedstaaten, unterstützt von der EU, massive Investitionen in Infrastruktur, 5G und Cybersicherheit tätigen müssen, sind auch unsere Unternehmen darauf vorbereitet, in naher Zukunft enorme Investitionen zu tätigen. Diese werden mit langen Laufzeiten getätigt, die stabile Rahmenbedingungen und die uneingeschränkte Anwendung der Grundsätze der besseren Rechtsetzung sowie Wettbewerbskontrollen voraussetzen. Um die erhöhten Investitionen in neue Hard- und Software weiter voranzutreiben, muss die Investitionsbereitschaft durch EU-Mittel flankiert werden.

Die EU, die Mitgliedstaaten und die Banken müssen den Zugang zu Finanzmitteln erleichtern. Insbesondere KMU fehlt es an den notwendigen Kenntnissen über den Zugang zu Finanzierungsquellen. Auch der damit verbundene

Verwaltungsaufwand ist ein enormes Hindernis für die Praxis. Tatsächlich ist es oft der Fall, dass Unternehmen bei der Beantragung von EU-Fördermitteln Spezialisten beauftragen müssen, die ihnen helfen, sich in diesem Labyrinth aus verschiedenen Fonds zurechtzufinden.

Es ist wichtig, das Bewusstsein für die EU-Finanzierung zu schärfen und sie verständlicher und zugänglicher zu machen. Eine Idee könnte darin bestehen, einen „one-stop-shop“ für europäische Fördermittel zu schaffen und gleichzeitig von den Ineffizienzen früherer Instrumente wie der Europäischen Agentur für KMU zu lernen.

Der EU-Haushalt 2021-2027

Der von der Kommission im Mai 2018 vorgeschlagene mehrjährige Finanzrahmen (MFR) enthält gute Ideen zur Finanzierung der digitalen Transformation von Unternehmen, einschließlich des Fokus auf der richtigen Qualifizierung der

Arbeitnehmer. Die laufenden Verhandlungen auf nationaler und europäischer Ebene sind von entscheidender Bedeutung, um die Technologie- und Industriesektoren wettbewerbsfähig zu machen.

Innovationen „made in Europe“ sollten auch in Europa produziert werden.

Dies erfordert einen innovativen und vereinfachten Haushalt, der die Finanzierung risikoreicherer Start-ups ermöglicht, die z. B. traditionelle Banken nicht finanzieren. Außerdem benötigen wir so schnell wie möglich eine Einigung über den MFR, damit die EU unverzüglich die Investitionen mit konkurrierenden Regionen aufrechterhalten kann.

Die Finanzierung der Digitalisierung der Industrie wird oft in verschiedenen EU-Förderprogrammen behandelt, ohne ein einziges koordiniertes Investitionsprogramm für die Digitalisierung. Es ist unbedingt erforderlich, dies unverzüglich einzurichten, da die für die Digitalisierung erforderlichen Finanzierungsniveaus in vielen Mitgliedstaaten nicht erreicht werden. Darüber hinaus sollten andere Methoden zur Finanzierung

der Digitalisierung, wie z. B. „Invest EU“, in Betracht gezogen werden.

Forschung & Entwicklung (FuE)

In unseren Branchen suchen wir nach nachhaltigen Lösungen für ein breites Spektrum gesellschaftlicher Probleme: Umwelt, Energieversorgung, Mobilität, Sicherheit und eine alternde Bevölkerung, um nur einige zu nennen. Die Technologieindustrie steht für etwa 75% der privaten Ausgaben für FuE in der EU. Allerdings hinkt die EU im Verhältnis zu den FuE-Ausgaben des Unternehmenssektors im Vergleich zum BIP mit einem Wert von 1,32% hinter den entwickelten Volkswirtschaften der Welt zurück. In den USA liegt der Anteil bei 1,99%, in China bei 1,59%, in Japan und in Südkorea bei 2,58% bzw. 3,28%¹.

Der MFR 2021-2027 muss gleichwertige, wenn nicht sogar erhöhte und leichter zugängliche Ausgaben für FuE für die Fertigungsindustrie, Infrastruktur, technische Normen und nicht zuletzt für die Weiterbildung der Arbeitnehmer sicherstellen. Das Niveau der marktrelevanten Innovationen aus FuE sollte gestärkt werden, und vielversprechende Unternehmenskonzepte und Neugründungen sollten nicht allein gelassen werden, wenn die EU-Kofinanzierung ausläuft.

Kernbotschaften

- #1 Aufrechterhaltung stabiler und zuverlässiger Rahmenbedingungen für private Investitionen, die für die Geschäftstätigkeit erforderlich sind.**
- #2 Überwindung bestehender Bürokratie, Schaffung einer voll funktionsfähigen zentralen Anlaufstelle für europäische Fördermittel, wo Unternehmen alle Informationen über EU-Fördermittel erhalten können.** Insbesondere für die Digitalisierung muss die Europäische Kommission unverzüglich ein koordiniertes Digitalisierungsinvestitionsprogramm aufstellen, da die für die Digitalisierung erforderlichen Finanzierungsniveaus in vielen Mitgliedstaaten nicht erreicht werden.
- #3 Undurchsichtige Strukturen der Finanzierung und Kofinanzierung auf europäischer oder nationaler Ebene müssen überarbeitet werden.** Wir müssen rasch zu einem effizienten und effektiven Finanzierungsumfeld in Europa kommen.
- #4 Investitionen in Forschung und Entwicklung müssen erhöht werden. Nach den Eurostat-Zahlen liegt die EU beim Vergleich der FuE-Ausgaben des Unternehmenssektors mit dem BIP für die Jahre 2015 und 2016² hinter den entwickelten Volkswirtschaften der Welt zurück.** In diesem Bereich müssen weitere Investitionen getätigt werden, damit die EU zu ihren Wettbewerbern aufschließen kann.

1. Ceemet-Berechnung auf der Grundlage der Eurostat-Zahlen 2015-2016.

2. Ceemet. (2018). Chief Economists Report 2018.



Welthandel & Brexit

**Die EU ist ein Motor für den Welt-
handel und ein Pionier der Globa-
lisierung.**

Handel & globale Lieferketten

Um nachhaltig zu sein, muss der Handel auf Regeln und Normen beruhen, die einen fairen Wettbewerb zwischen allen Parteien sicherstellen. Die Globalisierung ist für eine innovative und wettbewerbsfähige Industrie von entscheidender Bedeutung und schafft so Arbeitsplätze und Wohlstand in Europa. Die Technologieindustrie ist der wichtigste Exporteur Europas. Etwa 2/3 des Umsatzes wird durch den Export erzielt. Es besteht also eine direkte Verbindung zwischen dem Export und der Beschäftigung sowie den globalen Lieferketten, die daraus entstehen. Die Exporte sind in den letzten 14 Jahren um rund 65% gestiegen und haben seit 2013 dazu beigetragen, 1,25 Millionen neue hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen¹.

Schlüsselfaktoren für den Wohlstand

Freihandel und offene Märkte sind die Hauptantriebskräfte für den Wohlstand, den wir alle in der EU genießen. In einem schwierigen globalen Umfeld, das von zunehmendem Nationalismus und Protektionismus geprägt ist, muss die EU weiterhin nach neuen internationalen Handelsabkommen streben und gleichzeitig unsere bestehenden Handelsbeziehungen schützen. Diese Handelsabkommen müssen globale Fragen behandeln, von der Überproduktion bis zu geistigen Eigentumsrechten, und sie müssen zugleich bilaterale Investitionen absichern, ohne die Sozialstandards der EU zu senken. Internationale globale Lieferketten sind für unsere Industrie unerlässlich. Sie treiben Innovation, Produktivität und Qualität voran. In diesem Zusammenhang müssen wir auch den freien und reibungslosen Handel mit einem unserer wichtigsten Handelspartner, dem Vereinigten Königreich (VK), sowohl während der Verhandlungen als auch nach Abschluss des Brexit-Prozesses aufrechterhalten. Die Entflechtung

1. Ceemet. (2018). Chief Economists Report 2018.

dieser Handelsbeziehungen wird praktisch unmöglich und wirtschaftlich nachteilig sein².

Angesichts der anhaltenden Veränderungen der internationalen Wirtschafts- und Weltmächte muss Europa als größter globaler Handelsblock mit einer Stimme sprechen. Dies muss die neuen internationalen Handelsabkommen mit den USA, China und anderen Handelspartnern prägen.

Brexit ist eine „lose-lose-situation“ für das verarbeitende Gewerbe in der EU und im Vereinigten Königreich.

Zukünftige Beziehungen zum Vereinigten Königreich

Die Technologie- und Industrieunternehmen benötigen Planungssicherheit für ihre Geschäftsentscheidungen. Nach dem Brexit müssen wir, soweit möglich, gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen der EU27 und dem VK sicherstellen. Dazu gehört ein einheitliches Regelungsumfeld, das durch gegenseitige Anerkennung und Zusammenarbeit bei der Regulierung unterstützt wird, mit einem Mechanismus zur Vermeidung von Regelungs-

unterschieden. Wir müssen den freien und reibungslosen Handel aufrechterhalten, zollrechtliche und nichttarifäre Hemmnisse für den Waren- und Dienstleistungsverkehr vermeiden und gleichzeitig die Integrität des Binnenmarkts gewährleisten. Darüber hinaus ist es unerlässlich, dass wir es den Arbeitnehmern auf allen Qualifikationsniveaus ermöglichen, sich frei zwischen der EU und dem VK zu bewegen, um komplexe Lieferketten zu unterstützen und die Kompetenzlücke³ des Sektors zu schließen.

Keine Industriebranche ist eine Insel

Die Technologie- und Industriearbeitgeber arbeiten eng miteinander verflochten und in komplexen EU-Lieferketten. Dies muss in jedem Post-Brexit-Szenario fortgesetzt werden. Waren und Dienstleistungen müssen nahtlos zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich zirkulieren können, ohne Zollschranken und nach einem gemeinsamen Bestand von Ursprungsregeln. Als Gegenleistung für den Zugang zum EU-Markt müssen die Verhandlungsführer faire Beiträge des VK zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU und zu EU-Programmen und -Agenturen prüfen.

Kernbotschaften

- #1 Um anstehende neue Handelsabkommen, insbesondere mit mächtigen Partnern wie China oder den USA, gestalten zu können, muss die Europäische Union als größter Handelsblock der Welt nationale und manchmal sogar regionale Interessen überwinden und mit einer Stimme sprechen.** Dies wird wiederum zu ausgewogeneren Handelsabkommen führen, die den Bürgern Sicherheit geben.
- #2 Freier und fairer Handel ist die Quelle des Wohlstands in der EU. Die europäischen politischen Entscheidungsträger und Verhandlungsführer müssen gemeinsam die europäischen Interessen im Welthandel vertreten.** Europa muss eine gleichberechtigte Verhandlungspartei sein, insbesondere im Hinblick auf die derzeitige, offensive Handelspolitik Chinas und den Wandel in der transatlantischen Partnerschaft.
- #3 Soweit möglich, müssen die Brexit-Verhandlungsführer Status quo-Handelsabkommen zwischen der EU27 und dem VK für die Technologie- und Industrieunternehmen ausarbeiten.** Wir brauchen die Mobilität von Mitarbeitern aller Qualifikationsniveaus, um die in unserem Sektor bestehende Qualifikationslücke zu schließen. Dies kann eine längere Übergangszeit erfordern.
- #4 Ein harter Brexit ohne Abkommen ist keine Option.** Die Verhandlungsführer der EU und des Vereinigten Königreichs müssen sich auf einen Mechanismus einigen, nach dem das VK zumindest weiterhin an die Regeln der Zollunion und des Binnenmarkts der EU angepasst bleiben würde.

2. Ceemet. (2016). Brexit: a 'lose-lose' situation for EU manufacturers.

3. Ceemet. (2018). Digitalisation and the World of Skills and Education.



PUNKT 10

Konsultierung der Industrie

Die Industrie einzubeziehen ist Teil einer fundierten Entscheidung.

Fokussierung auf die wichtigen Dinge

Eine international wettbewerbsfähige Industrie ist das Herzstück des Fortschritts und der Schaffung von Wohlstand in Europa. Damit trägt sie auch dazu bei, die hohen Sozialausgaben und -standards in der EU zu sichern.

Eine international wettbewerbsfähige Industrie liegt im Interesse von Politik und Gesetzgeber. Sie wird einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Europa (zurück) auf Kurs zu bringen, und Lösungen für wirtschaftliche, gesellschaftliche und

ökologische Herausforderungen wie Ressourceneffizienz und Klimawandel finden.

Daher besteht ein offensichtliches Interesse daran, einen Prozess der regelmäßigen und sinnvollen, faktenbasierten Konsultation mit der Industrie einzurichten. Durch eine solche Konsultation werden die Politiker in der Lage sein, fundierte und angemessene Entscheidungen zu treffen, die zu einer zukunftsfähigen Regulierung führen.

Die Konsultierung der Industrie sollte zu einem natürlichen Reflex für jeden Politiker werden. So können Lösungen für Probleme der Realwirtschaft und der Gesellschaft gefunden werden.

Repräsentative & vertrauenswürdige Partner

Unsere Mitglieder befinden sich inmitten einer fundamentalen digitalen Transformation. Nähe zu den Bedürfnissen der Industrie ist eine Voraussetzung für die Unterstützung des Sektors und damit Europas. Ceemet und seine Mitglieder vertreten über 200.000 Mitgliedsunternehmen, von denen die meisten kleine und mittlere Unternehmen sind. Damit sind Ceemet und seine Mitglieder die Schnittstelle für den Austausch faktenbasierter und rechtlich solider Brancheninformationen.

Als formell anerkannter Sozialpartner der europäischen Technologie- und Industriearbeitgeber steht der Mensch im Mittelpunkt unserer Organisation.

Aus diesen Gründen ist Ceemet am besten in der Lage, allen politischen Interessengruppen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene fundierte und bei Bedarf kritische Ansichten zu vermitteln.

Lassen Sie uns daher in Kontakt bleiben!

Die Metall-, Maschinen- und technologiebasierte (MET-) Industrie, vertreten durch die europäischen Technologie- und Industriearbeitgeber, ist in acht Teilsektoren untergliedert:

- NACE 25: Herstellung von Metallerzeugnissen
- NACE 26: Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen
- NACE 27: Herstellung von elektrischen Ausrüstungen
- NACE 28: Maschinenbau
- NACE 29: Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren
- NACE 30: Sonstiger Fahrzeugbau
- NACE 32: Herstellung von sonstigen Waren
- NACE 33: Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen

Schlussfolgerungen

Aktuelle Situation

Empfehlung

PUNKT 1 **EINE ECHE DEBATTE ÜBER DIE ZUKUNFT EUROPAS**

Die Existenzberechtigung der Begriffe „Frieden & Einheit“ hat bei den europäischen Bürgern an Zugkraft verloren. Dieses zentrale Kapitel der Erfolgsgeschichte der EU ist den jüngeren Generationen nicht klar. Ebenso wird der Beitrag der EU zur Schaffung von Wohlstand für die Europäer übersehen, wovon zunehmender Nationalismus und Protektionismus zeugen.

Für eine realistische und offene Debatte über die Schaffung von Wohlstand in Europa ist ein Neustart erforderlich. Die Zukunft des Wohlstands in Europa hängt in hohem Maße von einem erfolgreichen Übergang zu einer digitalisierten Industrie und einer digital zuversichtlichen Gesellschaft ab. Wenn die Union erfolgreich sein will, muss sich ein Großteil der Diskussionen und Maßnahmen auf einen reibungslosen europäischen (digitalen) Binnenmarkt konzentrieren.

PUNKT 2 **BESSERE RECHTSETZUNG**

Regulierung wird allzu oft von politischen Interessen getrieben. Als wesentlicher Teil der Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit sollte sie bedarfsgerecht, kohärent, kosteneffizient und stabil sein. Relevanz, Effizienz und die Einhaltung der Leitsätze sind aus dem Fokus geraten.

Die Regulierung auf EU-Ebene sollte auf der Grundlage von „Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit“ erfolgen. Sie muss bedarfsgerecht, anwendbar und durchsetzbar sein. Wenn ein Vorhaben nicht problemfokussiert ist, wenn es nicht auf umfassenden und objektiven Folgenabschätzungen beruht und nicht durchsetzbar ist, sollte es keine Regulierung geben.

PUNKT 3 **INTERNATIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT**

Die politischen Entscheidungsträger auf EU-Ebene schenken der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Europa nicht genügend Beachtung, bevor sie zusätzliche Vorschriften erlassen.

Klare Aussagen der Politik über die Bedeutung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sind ein guter Anfang. Jetzt müssen sie entsprechend handeln, wie in ihrer Erklärung von Rom 2017 versprochen. Die Vision einer immer sozialeren Union kann nur mit einer gesunden Industrie erreicht werden.

PUNKT 4 **DIGITALES INDUSTRIEZEITALTER**

Infrastruktur und Regulierung für die Digitalisierung in Europa entsprechen nicht der neuen Norm des technologischen Fortschritts.

Die Digitalisierung erfordert eine umfassende Überarbeitung des Geschäfts- und Investitionsumfelds auf europäischer und nationaler Ebene. Dazu gehört auch die Steigerung der Effizienz und Effektivität verschiedener europäischer und nationaler Politiken und Initiativen.

PUNKT 5 **KOMPETENZEN, KOMPETENZEN, KOMPETENZEN**

Die Halbwertszeit des Wissens wird durch schnellere Innovationszyklen verkürzt. Kontinuierliche Weiterbildung gewinnt an Bedeutung, da die derzeitige Qualifikationslücke eine Ursache für die eingeschränkte Wettbewerbsfähigkeit von Technologie- und Industrieunternehmen ist.

Digitales Lernen sollte von klein auf eingeführt werden und eine Denkweise geschaffen werden, bei der kontinuierliches Lernen eine Selbstverständlichkeit ist. Wir müssen mehr in digitale, unternehmerische und soziale Kompetenzen investieren. Die Reduzierung der Verschwendung von Talenten erfordert auch Lehrer mit ausgeprägten Digitalkompetenzen.

Aktuelle Situation

PUNKT 6 AGILE ARBEITSMÄRKTE

Nicht jeder hat erkannt, dass die Digitalisierung über Breitband und Vernetzung hinausgeht; dass die Arbeitsmärkte integraler Bestandteil des richtigen Rechtsrahmens für die Digitalisierung sind. Digital versierte Gesetzgeber sind der Schlüssel zu einer erfolgreichen Umsetzung.

Empfehlung

Die Gestaltung der Digitalisierung muss durch Förderung nationaler Reformen für agile Arbeitsmärkte mit neuen Arten von Arbeit und neuen Konzepten der Arbeitsorganisation vorbereitet werden. Es ist zu beachten, dass der starre Beschäftigungsschutz tendenziell negative Auswirkungen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verbreitung der Digitalisierung in der Industrie hat.

PUNKT 7 SOZIALPARTNER MACHEN DEN UNTERSCHIED

Die Neubelebung des EU-Sozialdialogs durch die Kommission im Jahr 2015 brachte nicht die richtigen Grundlagen für einen sozialen Dialog mit Mehrwert, da sie Mandate, Verantwortung und Autonomie der Sozialpartner ignorierte. Die Einmischung von „Brüssel“ in Kernfragen (der Sozialpartner) wie die Entgeltfindung steht in offenem Konflikt mit der Autonomie der Sozialpartner und droht, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu untergraben.

Der europäische (sektorale) soziale Dialog zielt auf die Förderung von Wachstum, nachhaltiger Beschäftigung und hochwertiger Arbeit ab. Daher müssen repräsentative und ausreichend mandatierte Sozialpartner rechtzeitig zu jedem Vorschlag der Kommission im Bereich der Sozialpolitik konsultiert werden. Die politischen Entscheidungsträger müssen die Autonomie der Sozialpartner im Interesse einer wettbewerbsfähigen Industrie, die hochwertige Arbeitsplätze bietet, respektieren und von Plänen Abstand nehmen, die eine direkte oder indirekte Einmischung in die Kernfragen der Sozialpartner bedeuten würden.

PUNKT 8 INVESTITIONEN IN TECHNOLOGIE & INDUSTRIE

In vielen Mitgliedstaaten werden die für die Digitalisierung erforderlichen Finanzierungsniveaus nicht erreicht. Ineffiziente Strukturen bei der europäischen (Ko-)Finanzierung behindern den digitalen Rollout.

Angesichts der digitalen Realität muss die Kommission unverzüglich ein einheitliches koordiniertes Investitionsprogramm für die Digitalisierung sowie eine voll funktionsfähige zentrale Anlaufstelle für die europäische Finanzierung einrichten.

PUNKT 9 WELTHANDEL & BREXIT

Die EU übernimmt noch nicht die Rolle, die sie spielen sollte, während mächtige Partner wie die USA und China ihre Interessen nachdrücklich verteidigen.

Freier und fairer Handel ist die Quelle des Wohlstands in der EU. Dies erfordert, dass die Union mit einer Stimme spricht und rein nationale – und manchmal sogar regionale – Interessen überwindet.

PUNKT 10 KONSULTIERUNG DER INDUSTRIE

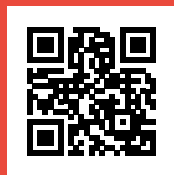
Politik und Gesetzgeber sind nicht so nah an den realen Bedürfnissen und Herausforderungen, mit denen die Technologie- und Industrieunternehmen inmitten der digitalen Transformation konfrontiert sind, wie Ceemet und seine Mitglieder.

Die Konsultation mit der Industrie sollte daher zu einem natürlichen Reflex der Politiker auf allen Ebenen werden und dazu dienen, Lösungen für die Probleme der Realwirtschaft und ihrer Unternehmen zu finden. Damit soll sichergestellt werden, dass sie für den globalen Wettbewerb fit sind, hochwertige Arbeitsplätze schaffen und das soziale Europa finanzieren können.

Ceemet

Bluepoint Building
Bd A. Reyers Ln 80
1030 Brussels (Belgium)

Tel.: +32 (2) 706 84 65
E-mail: secretariat@ceemet.org



 www.ceemet.org

 /CEEMET  @CEEMET

ceemet
European Tech &
Industry Employers